



Bezirksschülerausschuss
Tempelhof-Schöneberg



Wahlkampfprüfsteine

des

Kinder- und Jugendparlamentes Tempelhof-Schöneberg

und des

Bezirksschülerausschusses Tempelhof-Schöneberg

stellvertretend für

die Kinder und Jugendlichen aus Tempelhof-Schöneberg

Präambel:

Diese Wahlkampfprüfsteine sollen die Forderungen der Kinder und Jugendlichen des Bezirkes an die Bezirks- und Landespolitik für die kommende Wahlperiode 2016-2021 formulieren. Die Parteien bekommen hiermit die Chance ihre Wahlprogramme an die Wünsche der Kinder und Jugendlichen anzupassen. Sie sind somit als Orientierung für Parteien und deren Wahlprogramme, sowie als Kontrollkatalog für Bürger_innen, besonders für Kinder und Jugendliche, gegenüber der Politik gedacht.

Berlin, März 2016

Justin Sudbrak
Kinder- und Jugendparlament
Tempelhof-Schöneberg

Cédric Kekes
Bezirksschülerausschuss
Tempelhof-Schöneberg



Inhaltsverzeichnis

Bezirkspolitik	3
Sanierungen von Schulen	3
Ausbau des Fahrradnetzes	3
Wartezeiten im Bürgeramt	3
KJP als Expertengremium	3
Erhaltung der Kinder- und Jugendzentren	4
Landespolitik	4
Ausbau des Nahverkehrsnetzes	4
Wahlrecht ab 16 Jahren auch auf Landesebene	4
Schulpolitik	4
Lehrplan für Ethik neugestalten	4
Lehrerevaluation	5
Politikwissenschaft in der Mittelstufe	5
Rahmenlehrpläne aufeinander abstimmen	5
Klausuren in der gymnasialen Oberstufe	5
Biologie als vollwertige Naturwissenschaft anerkennen	5
Inklusion an Schulen	6
Förderung der Leistungsstarken auf Gesamtschulen	6
Willkommensklassen	6



Bezirkspolitik

Sanierungen von Schulen

Wir fordern den Etat zur Sanierung von Schulen zu erhöhen, um an Schulen eine optimale und geeignete Lernatmosphäre zu schaffen. Eine Schule, welche zurzeit auf eine Renovierung ihres Gebäudes wartet, hat immer den Schulen, welche einen akuten ‚Notfall‘ angemeldet haben, den Vortritt zu lassen. Notwendige Sanierungen werden somit aufgeschoben, sodass ein Unterricht an manchen Schulen aufgrund von Baumängeln unmöglich ist. Es besteht somit nur eine unrealistisch kleine Chance noch in näherer Zeit einen Zustand herzustellen, mit dem die Schüler_innen gerne die betroffene Schule besuchen. Außerdem sollten Zuständigkeiten besser geklärt und Personalmängel behoben werden. Denn selbst wenn für die Instandsetzung eines Schulgebäudes Geld genehmigt wurde, scheitert das Bauvorhaben oft daran, dass es Seitens des Amtes kein Personal gibt, welches den Schaden untersuchen, und die zu verrichtende Arbeit einschätzen kann. Ebenfalls ist die Situation der Turnhallen untragbar.

Ausbau des Fahrradnetzes

Die Kinder und Jugendlichen erachten es für äußerst sinnvoll und notwendig das Fahrradnetz in Tempelhof-Schöneberg auszubauen. Berliner Straßenverkehr gestaltet sich besonders für Radfahrer nicht gerade ungefährlich und auch Kinder und Jugendliche fühlen sich oft zurecht unsicher auf großen, viel befahrenen Straßen zu fahren. Wir sprechen uns deshalb für den Ausbau sowie die Instandhaltung der Fahrradwege im Bezirk aus, um allen Bürger_innen, besonders aber den Kindern und Jugendlichen eine gefahrenfreie Teilnahme am Straßenverkehr zu ermöglichen.

Wartezeiten im Bürgeramt

Dieses Thema sollte kein neues sein, und dennoch halten die Kinder und Jugendlichen es für wichtig zu betonen, dass wir mit den Zuständen, die zurzeit in den Bürgerämtern im Bezirk herrschen nicht einverstanden sind. Es gibt unzumutbar lange Wartezeiten und so werden Prozesse, die nun einmal erledigt werden müssen extrem verzögert, verlängert bzw. aufgehalten. Dies hat sich so schnell wie möglich zu ändern.

KJP als Expertengremium

Die Kinder und Jugendlichen des Bezirks fordern, dass bei Entscheidungen der BVV, welche Jugendliche direkt oder indirekt, zu einem jetzigen oder zukünftigen Zeitpunkt betreffen können, das Kinder- und Jugendparlament als Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen im Bezirk nach seiner Meinung gefragt wird, ähnlich wie auch die Ausschüsse der BVV zu den jeweiligen Themen beraten. Von uns aus bekäme die BVV dann eine begründete und ausformulierte Antwort, die in den Prozess der Entscheidungsfindung mit einfließen kann. Wir halten dies für zwangsweise notwendig, da die meisten Themen des Bezirks auch Kinder und Jugendliche betreffen, und diese auch eine, meist etwas andere, deshalb aber nicht weniger sinnvolle, Sichtweise auf die jeweiligen Sachlagen haben. Bisher hat das KJP zwar schon das Privileg über Anträge Einfluss zu nehmen, dies ist aber immer erst nach einer gefallenen Entscheidung möglich. Wir wünschen uns auch im Prozess der Entstehung mitwirken zu können.



Erhaltung der Kinder- und Jugendzentren

Wir fordern, dass sich dafür eingesetzt wird, dass in der kommenden Wahlperiode alle Kinder- und Jugendzentren im Bezirk erhalten bleiben. Sparmaßnahmen dürfen auf keinen Fall auf Kosten der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gehen. Vor allem Kinder und Jugendzentren, die vielen Jugendlichen eine alternative Freizeitgestaltung bieten sind der falsche Ort um Geld zu sparen!

Landespolitik

Ausbau des Nahverkehrsnetzes

Die Verbindungen der äußeren Regionen des Bezirks, mit den eher zentralen Regionen lassen zu wünschen übrig! Genau deshalb fordern die Kinder und Jugendlichen einen Ausbau des Netzes des ÖPNV auf diesen Verbindungen. Busse, die wenn überhaupt nur alle 20 Minuten fahren, lassen keine häufigeren Fahrten zwischen den Regionen zu und gewährleisten somit nicht die selbständige Freizeitgestaltung der Kinder und Jugendlichen. Kinder und Jugendliche möchten nicht immer auf die Eltern angewiesen sein, wenn sie „*noch einmal schnell wohin möchten*“.

Wahlrecht ab 16 Jahren auch auf Landesebene

Jugendliche haben eine Meinung! Und diese Meinung wollen sie auch in die Regierungsbildung miteinfließen lassen. Auf kommunaler Ebene wurde bereits das Wahlrecht ab 16 eingeführt und wir fordern, dies nun endlich auch auf Landesebene zu tun. Jugendliche sind mit 16 reif genug eine differenzierte und sinnvolle Entscheidung zu treffen. Mit 16 Jahren ist man in der Lage politische Meinungen und Gruppierungen einzuschätzen und die richtige für sich selber zu finden. Das Gegenargument, Jugendliche interessieren sich nicht für Politik, ist erstens falsch, denn es gibt genug Jugendliche die weitaus mehr Interesse für Politik zeigen als einige Erwachsene, und zweitens würde das Interesse für Politik auch dadurch geweckt, dass ihnen die Möglichkeit offenbart wird mit diesem Interesse auch etwas zu verändern, durch Wahlen! Deshalb: Wahlrecht ab 16!

Schulpolitik

Lehrplan für Ethik neugestalten

Ethik ist allen Schüler_innen als das Fach bekannt, in dem quasi nichts gemacht wird. Es gibt keine festen Themen, Lehrer denken sich Projekte aus, alles ist sehr entspannt. Wir erachten es aber für sinnvoll für das Fach Ethik einen neuen festen Rahmenplan einzuführen, in dem auch Semesterthemen/Schwerpunkte definiert sind, um welche die Lehrer_innen nicht umherkommen. Uns ist es außerdem wichtig, dass in Ethik alle Weltreligionen ausführlich, gleichwertig behandelt werden, und nicht wie bisher nur am Rand angerissen werden, damit auch Schüler_innen, welche nicht Religion belegt haben, in die Grundzüge der verschiedenen Religionen eingeführt werden. Diese Möglichkeit sollten alle Schüler_innen bekommen.



Lehrerevaluation

Bisher gibt es für Lehrer die Möglichkeit sich auf freiwilliger Basis von den Schülern über das Angebot des ISQ bewerten zu lassen. Da dieses Angebot zu meist aber nur von denjenigen Lehrern wahrgenommen wird, die eine solche Einschätzung nicht zwingend nötig haben, sprechen wir uns dafür aus, dass sich alle Lehrkräfte Berlins jedes Jahr von zwei Kursen / Klassen über einen solchen Fragenkatalog (z.B.: ISQ) evaluieren lassen müssen, um so einerseits selber Schlüsse ziehen zu können, andererseits aber auch, dass so eine regelmäßige realistische Einschätzung des Könnens der Lehrkraft gewährleistet ist. Es kann nämlich nicht sein, dass Lehrer nach ihrem Staatsexamen nie wieder geprüft werden, und quasi machen können, was sie wollen!

Politikwissenschaft in der Mittelstufe

Politik ist wichtig! Und sie zu verstehen mindestens genauso wichtig. Deshalb fordern die Kinder und Jugendlichen des Bezirkes, den Politikunterricht auch in der Mittelstufe verpflichtend anzubieten. Um zumindest politische Grundstrukturen und die Grundlage der politischen Meinungsbildung zu erlernen, ist ein solches Unterrichtsfach sinnvoll. Sowohl in der 8. und 9. Jahrgangsstufe gibt es die Möglichkeit 1 Stunde pro Woche bzw. sinnvoller 2 Stunden pro Woche für jeweils ein Halbjahr anzubieten ohne eine extreme Mehrbelastung zu verursachen, da in jeweils einem der beiden Schulhalbjahre 2 Stunden weniger unterrichtet werden, als in dem anderen. Außerdem fordern wir den Sozialkundeunterricht, welcher 8 Wochen pro Jahr im Rahmen des Faches Geschichte angeboten werden soll, auch verpflichtend durchzuführen, da dies an vielen Schulen nicht der Fall ist.

Rahmenlehrpläne aufeinander abstimmen

Lehrpläne verschiedener, aber dennoch eng verbundener Fächer müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Es werden zum Beispiel im 1. Semester der gymnasialen Oberstufe Physik mathematische Methoden vorausgesetzt, die erst im 3. Semester oder manchmal sogar gar nicht in Mathematik unterrichtet werden. Das darf so nicht vorkommen. Diese mathematische Methode wird sicherlich begründet aus dem Curriculum gestrichen worden sein, und sollte deshalb auch aus dem der Physik wegfallen.

Klausuren in der gymnasialen Oberstufe

Die Jugendlichen im Bezirk erwarten von der nächsten Landesregierung durchzusetzen, dass in Wochen, in denen 2 Klausuren in den Leistungsfächern geschrieben werden, keine weiteren Grundkursklausuren oder sonstige Prüfungen angesetzt werden dürfen. Diese Belastung ist keinem Jugendlichen zuzumuten und ein effektives erfolgreiches Lernen kann so nicht mehr gewährleistet werden, wodurch die schulischen Noten in Mitleidenschaft gezogen werden!

Biologie als vollwertige Naturwissenschaft anerkennen

Die Kinder und Jugendlichen fordern, dass neben Chemie und Physik auch Biologie als vollwertige Naturwissenschaft anerkannt wird. Schüler_innen, welche in der gymnasialen Oberstufe Biologie belegen wollen, haben Nachteile, da sie z.B. noch Chemie bzw. Physik belegen müssen. Anders herum ist dies nicht der Fall. Das schreckt ab, aufgrund dessen belegen weniger Schüler_innen das Fach Biologie. Dies ist unfair und auch völlig unbegründet und muss deshalb verändert werden.



Inklusion an Schulen

Inklusion ist ein wichtiges Thema, und auch eine sinnvolle Sache, aus diesem Grund setzen sich die Kinder und Jugendlichen dafür ein, mehr Geld und Personal für Inklusion aufzuwenden, um einen optimalen Unterricht mit eingeschränkten und uneingeschränkten Schüler_innen im normalen Schulalltag zu gewährleisten. Da seit neuestem nicht bestimmte Schulen und Klassen für diese Inklusion ausgewählt werden, sondern alle Schulen dies nun anbieten müssen, sind viele Schulen, bzw. deren Lehrer_innen überfordert. Des Weiteren sollten einheitliche Regelungen für den Umgang mit bestimmten Situationen geschaffen werden. Beispielsweise ist es ungeklärt ob körperlich oder geistig eingeschränkte Schüler mehr Zeit in Arbeiten bekommen oder nicht. Insbesondere, wenn es sich um zeitliche Einschränkungen, wie beispielsweise um einen Bruch der Schreibhand handelt, entscheidet das jeder Lehrer rein nach Gefühl, und dies ist ein Zustand, der so nicht bleiben sollte.

Förderung der Leistungsstarken auf Gesamtschulen

Die Kinder und Jugendlichen erwarten zukünftig, dass an Integrierten Sekundarschulen die leistungsstarken Schüler_innen mehr gefördert werden. Es ist des öfteren aufgefallen, dass man sich selbst in den leistungstechnisch höher angesiedelten E-Kursen das Lerntempo immer an den schlechtesten Schüler_innen orientiert. Gerade deshalb werden Schüler_innen dort nicht richtig auf einen Übergang in die gymnasiale Oberstufe vorbereitet und sind dann oft in den Leistungskursen hinter den erwarteten Vorkenntnissen zurück. Des Weiteren ist dadurch auch der Wechsel von einer ISS ohne gymnasiale Oberstufe in die gymnasiale Oberstufe einer anderen ISS (ob nun im G8- oder G9-System) fast unmöglich und unwahrscheinlich schwierig. Dies darf so nicht bleiben, damit alle Schüler_innen die Chance auf ein Abitur und eine Förderung entsprechend ihrer Leistungen haben!

Willkommensklassen

Die Kinder und Jugendlichen befürworten die Willkommensklassen und haben bisher auch überwiegend gute Erfahrungen mit ihnen gemacht. Um weiterhin diese Arbeit effektiv ausführen zu können, ist es notwendig, erstens geschultes Fachpersonal, welches den Schüler_innen Inhalte auf sprachlicher und gesellschaftlicher Ebene trotz dieser sprachlichen Barriere vermitteln und auch pädagogisch mit schwierigen Situationen umgehen kann, einsetzen und einstellen. Und zweitens müssen Flüchtlinge viel schneller den Zugang zu diesen Willkommensklassen bekommen. Zurzeit vergehen ca. 1,5 Jahre bis ein Flüchtlingskind nach Ankunft in einer Schule unterrichtet wird. Dies ist durch die Engpässe am Lageso und die damit verbundenen langen Wartezeiten auf Termine verbunden. Für Flüchtlinge ist es aber wichtig schnell die deutsche Sprache und die gesellschaftlichen Normen zu lernen, um sich optimal integrieren zu können.